

Einladung

Gremium: Finanz- und Wirtschaftsausschuss - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 24.11.2009, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 12.11.2009

1. An die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsausschusses

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.09.2009
- TOP 4 Haushalt 2007 - Beschluss über die Jahresrechnung / Entlastung des Bürgermeisters
Vorlage: 2009/173
- TOP 5 Kreditrichtlinie für die Gemeinde Rastede
Vorlage: 2009/201
- TOP 6 Erhebung von Marktstandgeldern für die öffentliche Einrichtung "Märkte" in der Gemeinde Rastede ab 2010 mit Blick auf die Ergebnisse 2006 bis 2008 und Kalkulation 2009
Vorlage: 2009/199
- TOP 7 Festsetzung von Gebührensätzen im Bereich der Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung
Vorlage: 2009/202
- TOP 8 Gebührensatzsatzung 2010 für die öffentlichen Einrichtungen Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung
Vorlage: 2009/203

- TOP 9 Jahresabschluss 2008 des optimierten Regiebetriebes Bauhof Rastede
Vorlage: 2009/188**
- TOP 10 Wirtschaftsplan 2010 des optimierten Regiebetriebes Bauhof Rastede
Vorlage: 2009/189**
- TOP 11 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010
Vorlage: 2009/150A**
- TOP 12 Schließung der Sitzung**

**Mit freundlichen Grüßen
gez. Decker
Bürgermeister**

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/173

freigegeben am 25.09.2009

Stab

Sachbearbeiter/in: Herr Frank Dudek

Datum: 25.09.2009

Haushalt 2007 - Beschluss über die Jahresrechnung / Entlastung des Bürgermeisters

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	03.11.2009	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	01.12.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2007 wird mit einem Ergebnis in der Einnahme und in der Ausgabe i. H. v. jeweils 38.201.509,53 Euro beschlossen.
2. Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2007 Entlastung erteilt.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß § 100 Abs. 3 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO – in der derzeit gültigen Fassung i. V. m. dem Beschluss des Rates vom 21.02.2006 zur Einführung des Neuen Kommunalen Haushaltsrechts) stellt der Bürgermeister als Hauptverwaltungsbeamter die Vollständigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnung fest.

Die Jahresrechnung wird zusammen mit dem Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Jahresrechnung 2007 und der Stellungnahme des Bürgermeisters zum Prüfungsbericht dem Rat vorgelegt. Der Rat beschließt gemäß § 101 Abs. 1 S. 1 NGO über die Jahresrechnung und entscheidet zugleich über die Entlastung des Bürgermeisters. Die wichtigsten Ergebnisse der Jahresrechnung 2007 können dem als Anlage beigefügten Rechenschaftsbericht entnommen werden.

Die Jahresrechnung ist nebst Anlagen dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Ammerland zur Prüfung vorgelegt worden. Die einzelnen Prüfbemerkungen sind dem anliegenden Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2007 zu entnehmen. Auch die verwaltungsseitige Stellungnahme zum Prüfbericht ist als Anlage beigefügt.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass sich hinsichtlich der Prüfung der Jahresrechnung 2006 keine Gründe ergeben haben, die der vorgeschlagenen Beschlussfassung über die Jahresrechnung sowie der Entlastung des Bürgermeisters als Hauptverwaltungsbeamten durch den Rat der Gemeinde Rastede gemäß § 101 Abs. 1 NGO entgegenstehen.

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt.

Anlagen:

- Anlage 1: Bescheinigung Vollständigkeit
- Anlage 2: Rechenschaftsbericht
- Anlage 3: Prüfbericht RPA
- Anlage 4: Stellungnahme zum Prüfbericht

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/201

freigegeben am 06.11.2009

Stab

Sachbearbeiter/in: Dudek

Datum: 06.11.2009

Kreditrichtlinie für die Gemeinde Rastede

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	24.11.2009	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	01.12.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

Die „Richtlinie der Gemeinde Rastede für die Aufnahme von Krediten und zur Umschuldung von Krediten nach § 92 Abs. Satz 2 NGO“ wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Am 27.02.07 hat der Rat der Gemeinde eine Kreditrichtlinie beschlossen (2006/222). Der Beschluss war erforderlich, weil die NGO den Erlass einer solchen Richtlinie vorschreibt.

Es hat sich im Rahmen der Rechnungsprüfung herausgestellt, dass die Richtlinie einerseits zwar den rechtlichen Anforderung genügt, aber andererseits nicht so konkrete Vorgaben für die Verwaltung enthält, dass je Haushaltsjahr auf einen gesonderten Ermächtigungsbeschluss für die Aufnahme von Krediten je Haushaltsjahr verzichtet werden könnte. Außerdem kann die Gelegenheit genutzt werden, die Richtlinie den Regelungen des neuen Haushaltsrechts anzupassen.

In der Anlage ist der neue Richtlinienentwurf beigefügt. Der Text spricht für sich und bedarf deshalb keiner weiteren besonderen Erläuterung. Es ist darauf hinzuweisen, dass die Richtlinie für die Kreditvergabepraxis grundsätzlich keine Änderungen gegenüber der bisherigen Aufnahmepraxis enthält.

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt.

Anlagen:

Kreditrichtlinie

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/199

freigegeben am 05.11.2009

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 05.11.2009

Erhebung von Marktstandgeldern für die öffentliche Einrichtung "Märkte" in der Gemeinde Rastede ab 2010 mit Blick auf die Ergebnisse 2006 bis 2008 und Kalkulation 2009

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	24.11.2009	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	01.12.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Das Ergebnis der Kostenrechnung 2006 bis 2008 wird zur Kenntnis genommen.
2. Das entstandene Defizit aus dem Jahre 2006 wird nicht ausgeglichen.
3. Die entstandenen Überschüsse aus den Jahren 2007 und 2008 werden nicht fortgeschrieben.
4. Der Gebührensatz wird für das Jahr 2010 nicht verändert.
5. Die öffentliche Interessenquote für die öffentliche Einrichtung Wochenmarkt wird nicht geändert.

Sach- und Rechtslage:

Allgemein:

Die Gemeinde Rastede betreibt eine öffentliche Einrichtung Märkte. Zu dieser öffentlichen Einrichtung gehören die Bereiche Wochenmarkt, Frühjahrsmarkt und sonstige Märkte. Für die Teilnahme am Wochenmarkt werden auf Grundlage einer Satzung Gebühren festgesetzt. Eine solche Satzung besteht für den Frühjahrsmarkt und die „Sonstigen Märkte“ nicht, da diese Märkte zwischenzeitlich privatisiert wurden.

Am 27.02.2007 wurde vom Rat eine Gebühr für den Wochenmarkt für drei Jahre (2007 bis 2009) in Höhe von 1,60 € pro angefangenen Meter Frontlänge je Marktbesuch festgesetzt. Ab 2010 ist eine neue Gebühr zu kalkulieren. Grundlage für die Kalkulation sind die Ergebnisse 2006 bis 2008 sowie die Kalkulation für 2009.

Ergebnis der Kostenrechnungen 2006 bis 2008:

Wie aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich, schließt die Kostenrechnung 2006 unter Berücksichtigung einer öffentlichen Interessenquote von 20 % - wie erwartet - mit einem Defizit ab. Laut Ratsbeschluss vom 27.02.2007 ist das Defizit in Höhe von 1.352,13 € nicht auszugleichen.

2006	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtlich)	abzüglich öffentl. Interesse	verbleiben gebühren- relevante Kosten
		32,74 %	20%	80%
Kosten	22.223,89 €	7.275,19 €	4.444,78 €	17.779,11 €
Einnahmen	16.426,98 €	0,00 €	0,00 €	16.426,98 €
	-5.796,91 €	7.275,19 €	4.444,78 €	-1.352,13 €

Nach der im Jahre 2007 beschlossenen Gebührenerhöhung von 30 Cent auf 1,60 € pro lfd. Meter Marktstand und der Berücksichtigung des 20 %igen öffentlichen Interesses wurde ein rechnerischer Überschuss in Höhe von 1.621,16 € erwirtschaftet.

2007	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtlich)	abzüglich öffentl. Interesse	verbleiben gebühren- relevante Kosten
	Ergebnis	32,08 %	20%	80%
Kosten	21.123,56 €	6.776,39 €	4.224,71 €	16.898,85 €
Einnahmen	18.520,01 €	0,00 €	0,00 €	18.520,01 €
	-2.603,55 €	6.776,39 €	4.224,71 €	1.621,16 €

Der rechnerische Überschuss für 2008 beträgt 3.242,85 €

2008	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtlich)	abzüglich öffentl. Interesse	verbleiben gebühren- relevante Kosten
	Kalkulation	42,97 %	20%	80%
Kosten	19.834,04 €	8.522,48 €	3.966,81 €	15.867,23 €
Einnahmen	19.110,08 €	0,00 €	0,00 €	19.110,08 €
	-723,96 €	8.522,48 €	3.966,81 €	3.242,85 €

Entwicklung der Kosten für die Abhaltung des Wochenmarktes im Einzelnen:

Aufwendungen

	Kalkulation	Ergebnis		
	2006	2006	2007	2008
Frischwasser	1,80 €	1,80 €	1,80 €	1,80 €
Abwassergebühren	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Stromkosten	650,00 €	1.109,49 €	969,80 €	1.486,45 €
Heizkosten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Abfallbeseitigung	7.000,00 €	6.722,69 €	6.351,53 €	3.950,37 €
Straßenreinigung	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Grundsteuer	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Miete Marktplatz	5.200,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Bekanntmachungskosten	300,00 €	51,12 €	54,76 €	120,49 €
Regiekosten/ Umlage	6.500,00 €	7.275,19 €	6.776,39 €	8.522,48 €
Personalkosten der Verwaltung/ direkte Buchung	6.000,00 €	5.932,25 €	3.473,15 €	3.724,28 €
Personalkosten der Verwaltung/ Umlagen Löhne		42,35 €	2.389,68 €	897,87 €
Anteilige Kosten „Öffentliche Toilette“	1.045,98 €	1.088,99 €	1.106,45 €	1.130,29 €
insgesamt:	26.697,78 €	22.223,89 €	21.123,56 €	19.834,04 €

Bei der Entwicklung der einzelnen Kostenpositionen fällt auf, dass die Stromkosten von Jahr zu Jahr schwanken. Obwohl zum 01.07.2007 die MWST von 16 % auf 19% angehoben wurde, fällt der Stromverbrauch im Jahre 2007 niedriger aus. Im Jahre 2008 wurde mehr Strom von den Wochenmarktbetreibern verbraucht und zusätzlich hat die EWE den Strompreis angehoben. Worin die Gründe für die Stromverbraucherschwankungen liegen, lässt sich nicht ergründen, möglich sind aber die Fahrzeug abhängigen Strombedarfe.

Die Reinigung des Marktplatzes wurde immer durch den gemeindeeigenen Bauhof durchgeführt, obwohl in der Satzung geregelt ist: „Der Standplatz ist nach Marktschluss zu säubern und in einem ordentlichen Zustand zu verlassen.“ Mit dieser Regelung war davon ausgegangen worden, zusätzliche Reinigungskosten der Gemeinde zu vermeiden.

Mitte des Jahres 2007 wurden alle Marktbezieher nochmals auf die Satzungsregelung aufmerksam gemacht mit der Bitte, den Standplatz nach dem Wochenmarktbetrieb sauber zu verlassen. Aus diesem Grund wurde den Marktbeziehern für die Abfallbeseitigung ein Container auf dem Marktplatz zur Verfügung gestellt. Es hat sich herausgestellt, dass die Marktbezieher der Satzungsregelung nicht voll nachkommen und somit Kosten für eine anschließende Reinigung des Marktplatzes durch den Bauhof weiterhin anfallen.

Die Kosten konnten zwischenzeitlich durch Optimierungen im Bereich des Bauhofes von 6.351,53 € auf 3.950,37 € gesenkt werden.

Die Bekanntmachungskosten sind von Jahr zu Jahr unterschiedlich hoch, da im Voraus nicht zu erkennen ist, wie oft der Marktbetrieb auf einen anderen Platz umgelegt werden muss, weil am Wochenmarkttag auf dem Marktplatz eine andere Veranstaltung stattfindet.

Zu den Regiekosten siehe Ausführungen unter Kalkulation 2009.

Unter den Personalkosten wurden zum einen die Personalkosten der Verwaltung, die sich direkt der Kostenstelle Wochenmarkt zuordnen lassen, und zum anderen die Personalkosten, die durch eine Umlage errechnet werden, gebucht. Bei den Personalkosten haben sich im Ergebnis 2006 und 2007 keine gravierenden Änderungen ergeben. Durch Verringerung der Arbeitszeitanteile im Jahre 2007 und Anpassung der Ansätze im Jahre 2008 konnten im Budget „Wochenmarkt“ die Personalkosten im Ergebnis 2008 gegenüber dem Ergebnis 2007 um 1.240,68 € verringert werden.

	Kalkulation 2006	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Ergebnis 2008
Personalkosten - direkte Buchung	6.000,00 €	5.932,25 €	3.473,15 €	3.724,28 €
Personalkosten - Umlagen Löhne		42,35 €	2.389,68 €	897,87 €
insgesamt:	6.000,00 €	5.974,60 €	5.862,83 €	4.622,15 €

Bei den anteiligen Kosten für die Benutzung der „Öffentlichen Toilette“ auf dem Marktplatz gibt es keine gravierenden Veränderungen.

Erträge

	Kalkulation 2006	Ergebnis		
		2006	2007	2008
Benutzungsgebühren	13.300,00	14.176,50 €	16.505,80 €	16.417,60 €
Erstattung von Verwaltungsausgaben	1.700,00	2.250,48 €	1.917,54 €	2.692,48 €
insgesamt:	15.000,00	16.426,98 €	18.423,34 €	19.110,08 €

Ab 2007 sind die Gebühreneinnahmen gestiegen. Diese Mehreinnahmen sind auf die Gebührenerhöhung ab 01.01.2007 zurück zu führen. Bei der Erstattung von Verwaltungsausgaben handelt es sich um Stromkosten, die die Marktbezieher je nach Verbrauch der Gemeinde erstatten.

Kalkulation 2009

Da davon auszugehen ist, dass der Wochenmarkt in gleicher Art und Weise betrieben wird wie in den Vorjahren, ist die Gebührenkalkulation 2009 die Grundlage für die Gebührenfestsetzung in den Folgejahren. Auf die wesentlichen Veränderungen wird im nachstehenden Text näher eingegangen.

Aufwendungen	Kalkulation 2009
Frischwasser	1,80 €
Stromkosten	1.200,00 €
Abfallbeseitigung	3.750,00 €
Kosten für die Verlegung Marktplatz (vorher bei den Abfallbeseitigungskosten eingerechnet)	300,00 €
Bekanntmachungskosten	150,00 €
Regiekosten	11.389,20 €
Personalkosten	4.984,00 €
Anteil Kosten Öffentliche. Toilette	1.100,00 €
insgesamt:	22.875,00 €

Erträge	
Benutzungsgebühren	16.500,00 €
Erstattung von Verwaltungsausgaben	2.100,00 €
insgesamt:	18.600,00 €
kalkuliertes Defizit	-4.275,00 €
abzüglich 20 % öffentliches. Interesse	4.575,00 €
rechnerischer Überschuss	300,00 €

Die Position der Kosten für die Verlegung des Marktplatzes war bisher bei den Abfallbeseitigungskosten als „Sachkosten“ eingerechnet, denn der Bauhof stellt unter anderem Kosten für notwendige Absperrungen in Rechnung, wenn der Wochenmarkt verlegt werden muss.

Die Personalkosten und Abfallbeseitigungskosten konnten ab dem Jahre 2008 gesenkt werden. Die Umstellung auf das neue Haushaltsrecht (Doppik) ab 2009 führt jedoch zu einer anderen Belastung bei den Regiekosten. Die Planungskosten 2009 für die Regieprodukte Gemeindeorgane, Gleichstellung, Finanzverwaltung, Personalangelegenheiten und Organisation werden nach verschiedenen Verteilungsschlüsseln auf alle anderen Produkte umgelegt, somit auch auf das Produkt „Wochenmarkt“. Die Regiekosten in einer Höhe von 11.389,20 € betragen - wie in der untenstehenden Tabelle nachrichtlich aufgeführt – rund die Hälfte der Gesamtkosten. Dieses vor 2009 praktizierte Berechnungsverfahren für Regiekosten war nicht „gerecht“, weil Einsparungen bei den Produkten zu Belastungen bei anderen Produkten geführt haben. Die Verteilung der Regiekosten ab 2009 ist erfolgsunabhängig und damit neutral. Große Schwankungen bei den Regiekosten müssten damit zukünftig ausbleiben.

Kalkulation	Gesamtkosten	Regiekosten	abzüglich	verbleiben gebühren-
2009		(nachrichtlich)	öffentl. Interesse	relevante Kosten
		49,79 %	20%	80%
Kosten	22.875,00 €	11.389,20 €	4.575,00 €	18.300,00 €
Einnahmen	18.600,00 €	0,00 €	0,00 €	18.600,00 €
	-4.275,00 €	11.389,20 €	4.575,00 €	300,00 €

Die kalkulierten Einnahmen in Höhe von 18.600 € setzen sich aus den Erstattungsbeträgen für Strom in Höhe von 2.100 € und Benutzungsgebühren in Höhe von 16.500 € zusammen. Mehreinnahmen können erzielt werden, wenn einige Marktbezieher den Wochenmarkt nach einem nicht so strengen Winter früher besuchen. Mit Mindereinnahmen muss nach einem strengen Winter gerechnet werden.

Bei Gegenüberstellung der Aufwendungen und Erträge kann eine vollständige Kostendeckung nicht erreicht werden. Die Deckungslücke beträgt 20 % der Aufwendungen und entspricht damit recht genau der festgesetzten öffentlichen Interessenquote von 20%.

Gebührenfestsetzung für 2010

Bekanntlich hat die Gemeinde Rastede im Jahr 2009 aufgrund der neuen Vorschriften des Gemeindehaushaltsrechtes das Finanzverfahren umgestellt. Aufgrund der fehlenden Erfahrung und der absehbaren Korrekturbedürfnisse sollte zunächst das Ergebnis des zweiten Haushaltsjahres im Doppikverfahren abgewartet werden. Die Ergebnisse dürften dann genauer sein, als dies zurzeit der Fall ist.

In diesem Zusammenhang wird dann aber auch zu prüfen sein, ob und inwieweit die öffentliche Interessenquote nach wie vorberechtigt ist. Der Wochenmarkt erfreut sich ausgesprochen großer Beliebtheit und das nicht nur bei den Kunden, sondern insbesondere auch bei den Anbietern. Wenn aber ein Nachfrageüberhang bei der Vergabe von Wochenmarktplätzen besteht, muss eine öffentliche Interessensquote, die ja gerade Versorgungslücken im Auge hat, eben nicht mehr gerechtfertigt sein.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage

Anlagen:

Keine

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/202

freigegeben am 09.11.2009

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 09.11.2009

Festsetzung von Gebührensätzen im Bereich der Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	24.11.2009	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	01.12.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzsatzung der Gemeinde Rastede wird dahingehend geändert und beschlossen, dass für die Kosten rechnenden Einrichtungen „zentrale und dezentrale Abwasserbeseitigung“ und „Straßenreinigung“ fortgeschriebene Gebührensätze ab 2010 festgelegt werden:

1. Gebührensatz für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt je cbm Abwasser 2,55 €

2. Gebührensätze für die dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt für die Abwasserbeseitigung

- a) aus Hauskläranlagen je cbm eingesammelten Abwasser/Fäkalschlamms 63,00 €
- b) aus abflusslosen Gruben je cbm eingesammelten Abwassers/Fäkalschlamms 52,50 €

3. Gebührensatz für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung

Der Gebührensatz für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung beträgt 13,50 €

Sach- und Rechtslage:**Zentrale Abwasserbeseitigung**

Der fortgeschriebene kalkulierte Überschuss in der Nachkalkulation 2008 zum 31.12.2008 beträgt insgesamt 434.640,31 € Zum 01.01.2009 wurde die Gebühr für die Abwasserbeseiti-

gung Schmutzwasser nach Jahren von 2,60 € auf 2,55 € gesenkt. Durch die Senkung des Gebührensatzes wird sich der voraussichtlich kalkulierte Überschuss zum 31.12.2009 um 65.838,36 € auf insgesamt 368.801,95 € verringern. Auch im Jahre 2010 wird der restliche Überschuss noch nicht voll abgebaut werden können. Der Gebührensatz sollte deshalb unverändert bleiben.

Dezentrale Abwasserbeseitigung

Die Gebührensätze wurden für Hauskläranlagen und für abflusslose Gruben ab 2005 bis 2007 insgesamt um 20 € angehoben, um das kumulierte Defizit der vergangenen Jahre nicht noch weiter ansteigen zu lassen. Diese Gebührenerhöhungen haben dazu geführt, das kumulierte Defizit mit einem Höchststand im Jahre 2004 mit 23.077,72 € bis zum 31.12.2007 (Ergebnis der Kostenrechnung 2007) auf 13.120,13 € sinken zu lassen.

In der Nachkalkulation 2008 konnte das bis zum 31.12.2007 aufgelaufene Defizit in Höhe von 13.120,13 € rechnerisch um einen Betrag in Höhe von 6.115,87 € auf insgesamt 7.009,82 € verringert werden und die Gebührenberechnung 2009 weist rechnerisch zum 31.12.2009 ein fortgeschriebenes Defizit in Höhe von nur noch 670,48 € aus.

Bei gleich bleibendem Gebührensatz wird davon ausgegangen, dass im Jahre 2010 auch das restliche Defizit abgebaut werden kann. Es ist vertretbar, die Gebührensätze 2010 unverändert zu lassen.

Straßenreinigung

Unter Berücksichtigung eines rechnerisch nachkalkulierten Überschusses zum 31.12.2008 in Höhe von 9.225,19 € wurde die Straßenreinigungsgebühr 2009 auf 11,80 € festgesetzt. Der gesamte Überschuss wurde dem Gebührenzahler somit im Jahre 2009 zurückgegeben. Grund dieser Entscheidung war, dass im Jahre 2009 für die Zeit ab 2010 eine erneute Ausschreibung der Straßenreinigung vorgenommen werden sollte und sich durch die Neuregelung der Straßenreinigung möglicherweise der Kreis der Gebührenschuldner ändert.

Eine Neuregelung der Straßenreinigung ab 2010 wurde noch nicht entworfen. Demzufolge wird eine Ausschreibung über die Straßenreinigungskosten ab 2010 nicht durchgeführt und der laufende Vertrag mit der Straßenreinigungsfirma wird um ein weiteres Jahr verlängert. Ob die Straßenreinigung ab 2011 bezüglich der Art und des Umfangs neu geregelt wird, bleibt abzuwarten.

In der Gebührenkalkulation für 2009 wurde ein Gebührensatz – ohne Berücksichtigung des kalkulierten Überschusses aus 2008 – in Höhe von 14,11 € kalkuliert. Da das tatsächliche Ergebnis 2008 und die Nachkalkulation 2009 noch nicht vorliegt und der Gebührensatz der letzten Jahre (2006 bis 2008) konstant 13,50 € betragen hat, wird vorgeschlagen auch für das Jahr 2010 den Gebührensatz auf 13,50 € festzusetzen. Die Fortgeltung des Gebührensatzes von 11,80 € würde ein Defizit aufbauen, was vermieden werden sollte.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Keine

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/203

freigegeben am 11.11.2009

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 09.11.2009

Gebührensatzsatzung 2010 für die öffentlichen Einrichtungen Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	24.11.2009	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	15.12.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage 1 zur Vorlage 2009/203 beigefügte Satzung über die Festsetzung der Gebührensätze 2010 für die öffentliche zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser und über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Gemeinde Rastede wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Die Erläuterungen zu den Gebührensätzen ist der Vorlage 2009/202 zu entnehmen.

Finanzielle Auswirkungen:

entfällt

Anlagen:

Gebührensatzsatzung 2010

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2009/188**

freigegeben am 14.10.2009

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

Datum: 14.10.2009**Jahresabschluss 2008 des optimierten Regiebetriebes Bauhof Rastede****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	03.11.2009	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	01.12.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Jahresabschluss 2007 wird mit einer Bilanzsumme von 1.031.044,38 € und einem Jahresüberschuss von 20.039,48 € festgestellt. Der Überschuss wird zur Tilgung des Darlehns verwendet.

Sach- und Rechtslage:

Die Wirtschaftsprüfer Zink & Partner GBR, Oldenburg, hat den Jahresabschluss 2008 für den optimierten Regiebetrieb Bauhof Rastede erstellt.

Der Prüfungsbericht beinhaltet folgende Prüfungsbemerkung:

"Der Jahresabschluss des "Bauhof Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede", Rastede, wurde von uns auf Grundlage der uns vorgelegten Bücher und Bestandsnachweise sowie der erteilten Auskünfte erstellt und der Lagebericht auf Plausibilität beurteilt. Die Buchführung und das Inventar haben wir auf ihre Plausibilität beurteilt. Dabei sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses sprechen."

Der Jahresabschluss ergibt folgendes Ergebnis:

1. Ergebnis zum 31.12.2008 – Umsatzsumme 1.031.044,38 € Vorjahr 1.267.153,44 €
2. G+V-Rechnung für das Wirtschaftsjahr 2009 – Jahresüberschuss 20.039,48 € Vorjahr 89.797,03 €

Der geringere Überschuss gegenüber dem Jahr 2007 begründet sich durch eine hohe Zahl von krankheitsbedingten Ausfalltagen.

Gemäß § 11 der Einrichtungsverordnung für kaufmännisch geführte Unternehmen ist über die Verwendung der erwirtschafteten Überschüsse ein Beschluss erforderlich.

Es ist vorgesehen den Überschuss 2008 zur Tilgung des letzten Darlehns zu verwenden. Eine Vorfälligkeitsentschädigung ist nicht zu leisten.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Darstellung in den Anlagen.

Anlagen:

Anlage 1 – Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2008

Anlage 2 – Bilanz zum 31.12.2008

Anlage 3 – Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2008

Anlage 4 – Erläuterungen zur Bilanz

Anlage 5 – Lagebericht für das Geschäftsjahr 2008

Anlage 6 – Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz zum 31.12.2008

Anlage 7 – Rechtliche Grundlagen

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/189

freigegeben am 11.11.2009

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

Datum: 14.10.2009

Wirtschaftsplan 2010 des optimierten Regiebetriebes Bauhof Rastede

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	03.11.2009	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	01.12.2009	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Wirtschaftsplan 2010 des optimierten Regiebetriebes Bauhof Rastede wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Ausgehend von den Beratungen in den Fachausschüssen zum Haushalt 2010 ist die Erlösplanung des Wirtschaftsplanes 2010 des optimierten Regiebetriebes Bauhof Rastede erstellt worden.

Für seine Leistungen berechnet der Bauhof die durch Leistungsverzeichnisse festgestellten Leistungen und Preise bzw. durch festgelegte Stundenverrechnungssätze. Im ersten Wirtschaftsplan des Bauhofes wurden noch 37,00 €/Stunde in Rechnung gestellt. Der Betrag konnte kontinuierlich auf 33,00 €/Stunde gesenkt werden und wird auch für das Wirtschaftsjahr 2010 beibehalten.

Die Leistungen der Tätigkeiten für Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (1 €/Jobs) werden nicht in Rechnung gestellt.

Auf dieser Grundlage wurde der Wirtschaftsplan 2010 für den Bauhof erstellt.

Der Erfolgsplan schließt ab mit 1.326.910 €(Vorjahr 1.335.420 €).

Der Vermögensplan schließt ab mit 437.500 €(Vorjahr 268.000 €).

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Darstellung im Wirtschaftsplan.

Anlagen:

Anlage 1 – Wirtschaftsplan 2010
(wird nachgereicht)

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/150A

freigegeben am 12.10.2009

Stab

Sachbearbeiter/in: Herr Frank Dudek

Datum: 05.11.2009**Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	03.11.2009	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	01.12.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die Haushaltssatzung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2010 wird beschlossen.
2. Der Haushaltsplan 2010 wird mit einem festgesetzten Haushaltsvolumen

im Ergebnishaushalt

bei den Erträgen mit	24.731.022 Euro
bei den Aufwendungen mit	24.831.022 Euro

im Finanzhaushalt

bei den Einzahlungen aus laufender. Verwaltung	22.484.438 Euro
bei den Auszahlungen aus laufender Verwaltung	22.086.949 Euro
bei den Einzahlungen aus Investitionen	3.637.543 Euro
bei den Auszahlungen aus Investitionen	8.545.999 Euro
bei den Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	5.400.000 Euro
bei den Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	394.700 Euro

beschlossen.

3. Das Investitionsprogramm 2009 bis 2013 wird beschlossen.
4. Die Finanzplanung 2009 bis 2013 wird zur Kenntnis genommen.
5. Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2010 wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

In der Anlage 5 sind die Veränderungen in der Haushaltsplanung seit der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 14.09.09 beigefügt. Die Veränderungen betreffen im Wesentlichen die neuen Erkenntnisse bei den Allgemeinen Deckungsmitteln und bei den Rückstellungen.

Allgemeine Deckungsmittel:

Seit dem 01.10.09 ist die tatsächliche Steuerkraft der Gemeinde Rastede bekannt. Dieser Wert ist ein wesentlicher Wert für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen. Der wichtigste Wert, der sog. Grundbetrag, ist allerdings noch nicht bekannt. Erfahrungsgemäß wird das Land diesen Wert erst gegen Mitte November bekannt geben.

Die jetzt bekannte Steuerkraft führt rechnerisch zu einer höheren Schlüsselzuweisung (Geringere Steuerkraft = grundsätzlich höhere Schlüsselzuweisungen). Die sich rechnerisch ergebende höhere Schlüsselzuweisung wurde als zusätzlicher Ertrag jedoch nicht veranschlagt. Damit geht die Verwaltung für 2010 von einem Grundbetrag in Höhe von 710 Euro aus, was immer noch deutlich über der Einschätzung der Landkreiskommunen (ca. 640 Euro) liegt.

Als Folge einer anderen Höhe der Schlüsselzuweisungen verändert sich auch die Veranschlagung der Kreisumlage. Dies wurde berücksichtigt.

Sollte sich bis zur Beschlussfassung durch den Rat am 15.12.09 herausstellen, dass der Grundbetrag für die Schlüsselzuweisungen deutlich unter der gemeindlichen Annahme liegt, muss die Haushaltsplanung neu aufgegriffen werden. Die Beschlussfassung über den Haushaltsplan wird sich dann verschieben.

Rückstellungen:

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Rückstellungen im Personalbereich. Die unterjährigen Veränderungen (Verbrauch, Zuführung, Auflösung) belasten oder entlasten den Ergebnishaushalt und damit den Haushaltsausgleich.

	01.01.2010	Verbrauch	Zuführung	Auflösung	31.12.2010
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
Pensionen	5.673.058,00	-404.574,00	340.999,00	0,00	5.609.483,00
Beihilfe	695.242,99	?	-3.129,91	0	692.113,08
Urlaub	Veranschlagungsmäßig neutral; genaue Zahlen noch nicht ermittelt				
Altersteilzeit	131.753,26	-15.188,55	105.764,38		222.329,10

	=	=
Belastung für den Ergebnishaushalt:	-419.762,55	443.633,47
	23.870,93	

Rückstellung Pensionen:

Der Verbrauch ist höher als die Zuführung. Dies ist nicht selbstverständlich und ist dem Umstand geschuldet, dass die Beamtenzahl bei der Gemeinde Rastede gegenüber früheren Jahren nicht mehr so hoch ist.

Rückstellung für Beihilfen:

Die Höhe der Rückstellung und damit die Veranschlagungen sind nach Vorgabe des Landes abhängig von der Rückstellung von Pensionen. Die Rückstellung für Beihilfen entspricht nach den Ermittlungen der Landesversorgungskasse 12,2 % der Rückstellung für Pensionen. Der Verbrauch der Beihilferückstellung kann (noch) nicht dargestellt werden, weil die Versorgungskasse die gezahlten Beihilfen nicht mitgeteilt hat.

Rückstellung für Urlaub:

Eine Veranschlagung wurde nicht vorgenommen, weil die Rückstellung noch nicht auf Produktbasis berechnet wurde. Es ist bei gleichmäßigem Urlaubsverhalten davon auszugehen, dass der Verbrauch und die Zuführung zur Rückstellung gleich hoch sind und die Veranschlagungen den Haushaltsausgleich nicht belasten.

Rückstellung für Altersteilzeit:

Der Rückstellung liegen sechs Altersteilzeitfälle zu Grunde.

Investitionen

Die Veränderungen im Investitionsprogramm berücksichtigen die Maßnahmen nach dem Konjunkturprogramm.

Schuldenentwicklung:

Die Kreditaufnahme verändert sich nicht, sie bleibt bei 5,4 Mio Euro. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass sich die Kreditaufnahme 2009 positiv verändert. Für 2009 ist die Aufnahme von 7,6 Mio Euro vorgesehen. Dieses Volumen wird nicht benötigt. Die Kreditaufnahme reduziert sich durch den Beschluss des Rates vom 23.06.09, welcher im Investitionsbereich eine Entlastung von 1,9 Mio Euro vorsieht. Zur Kreditvermeidung wird auch das Jahresergebnis 2008 eingesetzt. Zwar war im Herbst 2008 für die Haushaltsplanung 2009 bereits bekannt, dass es einen positiven Jahresabschluss gibt. Aus Gründen der Veranschlagungssicherheit wurde jedoch nur der zur der Zeit gesicherte Rücklagenbestand zur Schuldenvermeidung eingesetzt. Das waren 1,7 Mio Euro. Das außerordentlich positive Jahresergebnis 2008 hat jedoch gezeigt, dass weitere 3,6 Mio Euro zur Kreditvermeidung eingesetzt werden können. Damit werden von den veranschlagten 7,6 Mio Euro höchstens 2,1 Mio Euro (7,6 Mio abzüglich 1,9 Mio und 3,6 Mio) Kredite benötigt.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Anlage 1: Erläuterungen zum Stellenplan und Stellenplanübersichten

Anlage 2: Gesamthaushalt

Anlage 3: Haushaltssatzung

Anlage 4: Aufstellung der Änderungen Ergebnis- und Finanzhaushalt (ohne Investitionen) seit
Sitzung Finanz- und Wirtschaftsausschuss 14.09.09

Anlage 5: Aufstellung der Änderungen Investitionsprogramm 2009 bis 2013 seit Sitzung
Finanz- und Wirtschaftsausschuss 14.09.09

Anlage 6: Investitionsprogramm 2009 bis 2013